

eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Dieter Lutz, Egon Bahr, Peter Zumkley, Gerd Poppe und Ludger Volmer, die Ergebnisse in einem "Grundlagenpapier" zusammen, das am 14.11.1996 vom gesamten Gesprächskreis einmütig gebilligt wurde.<sup>1</sup> Es stellte positiv und negativ formulierte Ziele auf, die gemeinsam zu fördern oder abzulehnen seien. So wurde eine NATO-Erweiterung unter den Vorbehalt gestellt, daß Beitrittswünsche zu den sicherheitspolitischen Interessen aller übrigen Nicht-NATO-Staaten in Bezug zu setzen seien. "Abzulehnen ist ein Vorgehen, das einzelne Staaten zu neuen Mitgliedern der NATO macht, ohne ein sicherheitspolitisches Konzept für den Gesamttraum Europa zu entwickeln." Die OSZE sollte eine zentrale Funktion erhalten. "Die OSZE sollte zum Synonym für europäische Friedenserhaltung werden. Abzulehnen ist eine OSZE, der lediglich die Rolle als Notar insbesondere von der NATO gefaßter Beschlüsse zugesprochen wird." Der Text konnte als Schnittmenge der sicherheitspolitischen Vorstellungen von SPD und GRÜNEN gelten, der Brückenschlag vom linken grünen Flügel zum gemäßigten der SPD schien gelungen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping allerdings, zu einer Stellungnahme in den Kreis eingeladen, wischte den in fast zweijähriger Arbeit erstellten Konsens kurzerhand vom Tisch. Seine eigenen Vorstellungen betonten das Selbstbehauptungsinteresse Europas gegenüber den USA, das durchzusetzen ihm nur auf der Basis eines eindeutigen Bekenntnisses zur NATO und ihrer Osterweiterung vertretbar erschien. Egon Bahr aber argumentierte weiter für die Europäische Sicherheitsgemeinschaft als ein Rußland wie auch die mittelosteuropäischen Staaten integrierendes Kollektivsystem.<sup>2</sup>

## **6.2. Zweifelhafte Sicherheit: die NATO-Osterweiterung**

Die grüne NATO-Diskussion konkretisierte sich in der Debatte über die Osterweiterung. Auch hier bildeten sich die bekannten kontroversen Positionen. Die Pazifisten lehnten die Erweiterung ab. Die Mehrheit der Realpolitiker sah sie als weiteren Beweis dafür, daß die NATO wichtige Integrationsleistungen erbringe.

Anfang 1993 hatte Bundesverteidigungsminister Rühle in zwei Londoner Reden die Osterweiterung der NATO in die Diskussion gebracht: "Die Atlantische Allianz darf keine 'geschlossene Gesellschaft' sein." Die mittel- und osteuropäischen Staaten dürften nicht aus den euro-atlantischen Sicherheitstrukturen ausgeschlossen werden.<sup>3</sup> "Ich kann keinen stichhaltigen Grund dafür sehen, künftigen Mitgliedern der Europäischen Union die NATO-Mitgliedschaft vorzuenthalten."<sup>4</sup> Wenn diese Rede als Ursprung der Osterweiterungsdiskussion gelten kann, dann stand am Beginn nicht ein formuliertes Begehren ostmitteleuro-

---

<sup>1</sup> Vgl. IFSH, Parteübergreifender Gesprächskreis, Grundlagenpapier, 14.11.96.

<sup>2</sup> Vgl. Bahr 98.

<sup>3</sup> Rühle, Rede in London 26.1.93, abgedruckt in: Rühle 93, S. 142.

<sup>4</sup> Ders., Rede am 26.3.93 in London, abgedruckt in: ebd., S. 172.

päischer Staaten, sondern eine strategische Überlegung des deutschen Verteidigungsministers. Ihm ging es um die Füllung des "sicherheitspolitischen Vakuums" nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Osteuropa dürfe kein "konzeptionelles Niemandsland" sein.<sup>5</sup> Auch wenn sich die Interessen der mittelosteuropäischen Staaten zunehmend auf die NATO richteten, so ging es Rühle doch zunächst um deutsches Eigeninteresse. Deutschland als westlicher Wohlfahrtsstaat sollte keine offene Grenze zum verarmten und instabilen Ostteil Europas aufweisen. Als sicherheitspolitische Rückversicherung und zur Bindung der USA in Europa sollte zudem nicht auf die NATO verzichtet werden. Auch von anderen Sicherheitsplanern wurde angesichts der internen Interessendivergenzen, an der eine grundsätzliche Reform der Allianz zu scheitern drohte, "eine Revitalisierung der NATO eher als Resultat einer neuen Ostsicherheitspolitik erwartet."<sup>6</sup> Zusammengenommen bot sich die Stärkung und Reform der NATO an und die Aufnahme östlicher Nachbarn. Dies war einer der Gründe, weshalb der Ausbau der OSZE deutlich nachgeordnet wurde und die ostmitteleuropäischen Staaten sich auf die NATO-Perspektive fixierten.<sup>7</sup>

Hier nun ging es nicht mehr nur um Konsultation wie bei PfP, sondern um eine feste Mitgliedschaft in einer bestehenden Militärorganisation. Während an PfP auch Rußland beteiligt war, zielte die NATO-Erweiterung auf Länder, die sich gegenüber Rußland und dem vergrößerten Deutschland sichern wollten. Trotz aller Ansprüche, eine politische Organisation zu sein, bleibt die NATO eine Militärallianz, "an association of some sovereign states directed against others. The 'other' in this case is Russia."<sup>8</sup> Die USA standen dem Konzept anfangs reserviert gegenüber. Erst als der amerikanische Botschafter in Bonn, Holbrooke, von seinem Posten ins State Department zurückkehrte, änderte sich relativ bald ihre Haltung. Ein weiterer Grund dürfte die Vorwahlsituation gewesen sein, die Präsident Clinton veranlaßte, sich durch eine Rede am 22.10.1996 in Detroit die, in relevanten Größenordnungen aus Osteuropa stammende, Arbeiterschaft im Industriegürtel der Großen Seen durch das Erweiterungsangebot gewogen zu machen. Sein kanadischer Amtskollege Chretien jedenfalls sah es so: "It's not for reasons of security; it's all done for short-term political reasons, to win elections."<sup>9</sup> Manch amerikanischer Kommentator machte den "uncomfortable German factor" mitverantwortlich.<sup>10</sup> Ab Anfang 1995 schwenkten die USA auf den Erweiterungskurs ein. Bald begann der Kampf um Begriffe. Während der Prozeß anfangs in Deutschland als "Erweiterung" bezeichnet wurde, ein Begriff, den die Kritiker noch verwendeten, als die Befürworter von "Öffnung" sprachen, konkurrierten in den USA die Termini "extension" versus "expansion" neben "enlargement".

---

<sup>5</sup> Ebd., S. 141f.

<sup>6</sup> Nerlich, SWP-AP 2822, 94, S. 35.

<sup>7</sup> Vgl. Knapp, in: Knapp/Krell 96, S. 184.

<sup>8</sup> Mandelbaum, in: Foreign Affairs, vol.74, No. 3, Mai/Juni 95, S. 9f.

<sup>9</sup> Lt. Boston Globe, 11.7.97, S. 17.

<sup>10</sup> Rubinstein, in: Orbis Winter 98, S. 37.

Bündnis 90/Die Grünen hatten PfP bei aller Skepsis bezüglich einzelner Mechanismen vorsichtig begrüßt. Obwohl die Befürchtung bestand, daß hier ein erweiterter Raum für den Absatz westlicher Rüstungsprodukte geschaffen werden könnte, überwog doch die Hoffnung, daß die multilateralen Konsultationsmöglichkeiten einen weiteren Entspannungsprozeß fördern und die Reste der ehemaligen Blocktrennung beseitigen könnten. Mit dieser optimistischen Einschätzung nach hochrangigen Gesprächen im State Departement und Weißen Haus kehrte die bereits erwähnte grüne Delegation aus Wahington zurück. PfP ließ die Möglichkeit offen, ein Sicherheitsmodell mit der OSZE als zentraler Institution zu schaffen. Wünschbar war aus grüner Sicht sogar ein Angebot der USA an Rußland zur Vollmitgliedschaft in der NATO. Die Organisation hätte ihren Wesenskern verändert, der Weg zu einer kollektiven Sicherheitsstruktur wäre geöffnet worden. "Schade", kommentierten die grünen Außenpolitiker Beer und Volmer, als beim Gipfelgespräch zwischen Clinton und Jelzin im Mai 1995 dieser Wunsch nicht Wirklichkeit wurde.<sup>11</sup>

Nachdem Bündnis 90/Die Grünen in verschiedenen Resolutionen und im Wahlprogramm von 1994 die Osterweiterung abgelehnt hatten, formulierten Volmer, Beer und Nachtwei im Sommer 1996 erste Entwürfe für einen entsprechenden Bundestagsantrag. Dieser stieß auf heftigen Widerspruch bei Abgeordneten um Poppe, Schoppe und Lippelt, die aus unterschiedlichen Gründen die Osterweiterung begrüßten. Die Kritiker befürchteten insbesondere, daß die Erweiterung die lange existenten Brüche in Europa nur weiter nach Osten verschöbe, Rußland brüskiere und in eine Abwehrhaltung triebe, die dort intern die antidemokratischen und nationalistischen Kräfte stärken und im schlimmsten Falle zu einem neuen Rüstungswettlauf mit veränderten Akteuren führen könne. Die Befürworter hielten die generelle Kritik an der NATO nicht mehr für triftig und befürworteten den Wunsch mittelosteuropäischer Staaten, sich fest in westlichen Strukturen zu verankern, angesichts ihrer ungesicherten Zwischenlage und der historischen Erfahrungen als legitim und aus deutscher Sicht unabweisbar. Der kritische Antrag wurde in der Fraktion mit dem von Sprecher Fischer vorgebrachten Argument, es lohne nicht, sich über eine wenig zentrale Frage zu zerstreiten, nicht befaßt.

Weil die Debatte der für die gesamteuropäische Sicherheitspolitik entscheidenden Frage nicht abriß, organisierte der außenpolitische Arbeitskreis am 6.12.1996 zur Positionsbildung ein Hearing. Bei den Abgeordneten verhärteten sich die Fronten dadurch eher. Schoppe, Poppe und Lippelt plädierten offensiv oder subtil für die Erweiterung, Beer und Volmer dagegen. Auch die Expertenmeinungen fielen kontrovers aus. Bertram sah einen gesamteuropäischen Sicherheitsgewinn, Czempiel befürchtete eine neue Blockkonfrontation. Während aus polnischer Sicht Interesse am Beitritt bekundet wurde, erhob der russische Botschafter seine

---

<sup>11</sup> Vgl. B90/Grüne BT-Fraktion (Beer, Volmer), Pressemitteilung 307/95 vom 11.5.95.

Einwände gegen das Gesamtkonzept. Vertreter der neutralen Länder Skandinaviens, des Baltikums und der Ukraine stellten sich die Frage nach der eigenen Sicherheit, wenn eine NATO-Osterweiterung ohne sie stattfände.<sup>12</sup>

Auch die Fachdiskussion außerhalb der Partei brachte längst nicht so klare Ergebnisse pro Osterweiterung, daß es gerechtfertigt war, die grüne Skepsis als "unmoralisch" zu verurteilen, wie es Verteidigungsminister Rühle in der Bundestagdebatte zur Abstimmung im März 1998 exerzierte. Selbst Autoren, die der Hardthöhe nahe standen, warfen die kritische Frage nach einer schlüssigen Gesamtkonzeption unter Einbeziehung Rußlands auf.<sup>13</sup> Es wurde betont, daß die NATO ein Bündnis kollektiver Verteidigung mit nuklearstrategischem Kern sei, "nicht als eine sozioökonomische Organisation entworfen", um europäische Strukturprobleme zu lösen.<sup>14</sup> Auch der Sicherheitsgewinn für die Beitrittsaspiranten wurde zwiespältig beurteilt. Die Erweiterung könne im Sinne einer self-fulfilling prophecy genau die Gefahren heraufbeschwören, gegen die sie angeblich verteidigt.<sup>15</sup> George F. Kennan, bester amerikanischer Rußlandkenner und einst Erfinder der Eindämmungspolitik, erklärte die NATO-"Expansion" unter politisch-strategischen Gesichtspunkten explizit zum "fateful error": "Such a decision may be respected to inflame the nationalistic, anti-Western and militaristic tendencies in Russian opinion; to have an adverse effect on the development of Russian democracy; to restore the atmosphere of the cold war to East-West relations, and to impel Russian foreign policy in directions decidedly not on our liking."<sup>16</sup> Wie Kennan warnte Fred C. Ikle', einst Reagans Vize-Verteidigungsminister, daß die NATO-Erweiterung Washington von der erheblich dringlicheren Frage der Proliferationskontrolle von Uran, Plutonium und atomwaffenfähigen Materialien ablenke, die gemeinsam mit Rußland gelöst werden müßte.<sup>17</sup> Auch die New York Times kommentierte, es wäre angebracht, wenn Präsident Clinton, Verteidigungsminister William Cohen und Außenministerin Madeleine Albright "spend as much time on the threat that does exist - Russia's massive nuclear arsenal - as they have on the threat that doesn't exist - a Russian invasion of Poland."<sup>18</sup> Nicht viel anders lauteten die grünen Einwände. So darf unterstellt werden, daß die massive Polemik, die Rühle wie auch SPD-Außenpolitiker in der Bundestagsdebatte gegen die grünen Kritiker richteten, im Vorfeld der amerikanischen Kongreß-Entscheidung auf die dortigen Skeptiker gezielt war.

Als die grünen Erweiterungsgegner nach dem Hearing Anfang 1997 erneut einen Antragsentwurf in die Fraktion einbrachten, um eine Parlamentsdebatte zu erzwingen, wurden sie nun

---

<sup>12</sup> Vgl. B90/Grüne BT-Fraktion, Die Osterweiterung der NATO, Bonn, Februar 97.

<sup>13</sup> Vgl. Rühl, In: Internationale Politik, Jg. 51, Nr.11, November 96, S. 49ff.

<sup>14</sup> Hanrieder 95, S. 118f.

<sup>15</sup> Vgl. Soros, in: Foreign Affairs, vol.75, No. 5, September/Okttober 96, S. 12.

<sup>16</sup> Kennan, in: New York Times, 5.2.97.

<sup>17</sup> Ikle', 17.7.97.

<sup>18</sup> Friedman, in: New York Times, 2.6.97. Der außenpolitische Chefkolumnist legte am 27.6.97 eine Satire mit zehn Gründen nach, warum Chile in die NATO aufgenommen werden müsse.

vom Fraktionssprecher mit dem Argument abgeblockt, die Entscheidung in der Sache sei längst gefallen und man solle sich keinen Entwicklungen widersetzen, die nicht mehr aufzuhalten seien. Volmer reagierte mit einem heftigen öffentlichen Plädoyer gegen die Erweiterung und erinnerte an Petra Kellys Versprechen, die Friedensbewegung nie zu verraten. Es gebe noch viele Gründe, grün zu wählen, die Außenpolitik der Fraktion sei keiner mehr.<sup>19</sup> Aus Sicht amerikanischer Skeptiker war die Debattenverweigerung der Fraktion nicht zu verstehen: "In all probability, Germany would be the biggest beneficiary of NATO enlargement. Its political and military elites see enlargement as the answer to Germany's complex Eastern Problem...Indeed, no debate on the issue was deemed necessary by the Bundestag."<sup>20</sup>

Doch als die SPD, nach einer internen Klärung pro Erweiterung, im Sommer 1997 das Thema auf die Tagesordnung setzte, war die Fraktion gezwungen, Position zu beziehen. Lippelt, Poppe und Schoppe legten nun einen Antragsentwurf vor, der bei Würdigung der denkbaren Gefahren und Fehlentwicklungen die Osterweiterung begrüßte, um legitimen polnischen Interessen entgegenzukommen. Der Textentwurf ging von der Perspektive gesamteuropäischer Sicherheit aus, meinte sie aber über die Osterweiterung der NATO zu erreichen, wobei Polen vor Rußland aufzunehmen sei.<sup>21</sup> Lippelt argumentierte in den internen Diskussionen bevorzugt mit dem Verweis auf den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo 1922, der u.a. die bilaterale Zusammenarbeit bei Rüstungsvorhaben und militärischer Ausbildung festlegte, zur Besorgnis Polens, das zwischen den beiden Großmächten zerrieben zu werden drohte. Er nutzte nun diese Konstellation aus der Zeit des europäischen Gleichgewichtsdenkens als Argument, um die polnischen Befürchtungen vor einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik, die von deutscher Seite aus zunächst Rußland angesprochen hätte, plausibel zu machen. Durch die Gleichsetzung des historischen Prozesses mit dem aktuellen aber definierte er die Osterweiterung der NATO selbst als Neuauflage überholten Gleichgewichtsdenkens, in dessen Kontext er nun für die nationalen Interessen Polens plädierte. Poppe verglich die Forderung nach einer prioritären sicherheitspolitischen Verständigung mit Rußland gar mit dem Hitler-Stalin-Pakt. Zudem forderten die Autoren die Reform der NATO. Obwohl der Gedanke eines russischen NATO-Beitritts auch auf pazifistischer Seite Sympathie genoß, wurde er dort nicht als Forderung formuliert, weil es offensichtlich war, daß die Erweiterung spätestens vor den Ostgrenzen Rußland haltmachen würde, da sie trotz aller flankierenden Maßnahmen gegen Moskau gerichtet war.<sup>22</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Volmer, in: taz, 7.4.97

<sup>20</sup> Rubinstein, Philadelphia, o.D. (wahrscheinlich Anfang 98, Manuskript im Besitz d. Verf.), S. 19f.

<sup>21</sup> Vgl. Lippelt/Poppe/Schoppe, Die NATO in einer europäischen Friedensordnung, o.D. (97). Zur polnischen Position vgl. Reiter, in: American Institute for Contemporary German Studies/Lankowski 98, S. 55f.

<sup>22</sup> Vgl. Bahr 98, S. 49; Hanrieder 95, S. 122 weist darauf hin, daß auch Rüge die Erweiterung exklusiv Rußlands und der Staaten sah, die Teil der UdSSR waren wie die Ukraine und die Baltischen Staaten.

Die Fraktion verwarf den Vorstoß von Lippelt/Poppe/Schoppe. Eine Verhandlungsgruppe, der auch Fischer angehörte, versuchte stattdessen, auf der Basis eines Antragsentwurfes von Volmer/Beer/Nachtwei eine für das Gros der Fraktion tragfähige Erklärung zu erarbeiten.<sup>23</sup> Die erzielte weitgehende Einigung folgte der Einschätzung, daß die Erweiterung "ohne gesamteuropäische Perspektive begonnen wurde." Die richtige Antwort Europas auf das Ende des Kalten Krieges wäre ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem jenseits der Militärbündnisse, beruhend auf einer gestärkten und erneuerten OSZE, gewesen. "Diese Chance wurde leider nicht genutzt." Der Antrag apostrophierte die Osterweiterung deshalb als "falschen, nun aber zur politischen Tatsache werdenden Schritt". Dieser verspiele die bisherigen Chancen auf eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung und beschwöre die Gefahr neuer Risse in Europa herauf. Der Text hielt die eigenen Alternativvorstellungen aufrecht, signalisierte jedoch, daß nach einem definitiven Beschluß zur Osterweiterung auch für die grüne Außenpolitik selbstverständlich gelte, 'pacta sunt servanda', auch wenn Genese und Gehalt des Vertrages nicht der eigenen Verhandlungsposition entsprachen.

Der Streit in der NATO, welche Staaten in der ersten Phase aufgenommen werden sollten, indizierte nach grüner Meinung, daß der folgende Schritt noch kontroverser würde. Während eine Option lautete, ausschließlich die drei bereits benannten Staaten - Polen, die tschechische Republik und Ungarn - aufzunehmen, sah eine andere die Reduktion auf nur drei Staaten als glaubwürdiges Signal dafür, daß eine zweite Welle folge. Aus grüner Sicht war kein Modell akzeptabel, das Sicherheit nicht mit, sondern gegen Rußland zu verwirklichen trachtete. Dem eingeschlagenen Weg schien dieses Ziel nicht inhärent zu sein. Die am 27.5.1997 unterzeichnete NATO-Rußland-"Grundakte" wurde zwar als enormer historischer Fortschritt begrüßt, da er Militärplanungen für die andere Seite transparent machte. Doch klang die russische Bekräftigung, die Erweiterung sei trotz der flankierenden Maßnahmen ein entscheidender politischer Fehler, sehr ernst. Der Bundesregierung warf die Fraktion deshalb vor, durch ihre Politik der Marginalisierung der OSZE den Wunsch osteuropäischer Staaten verstärkt zu haben, ihre sicherheitspolitische Perspektive in der NATO zu suchen. Letztlich verstoße sie gegen das "existentielle Interesse" Deutschlands. Die doppelte deutsche Loyalität nach Osten, einmal gegenüber Polen als Opfer des nationalsozialistischen Angriffskrieges, zum anderen gegenüber Rußland, dem im Zuge der Gespräche über die deutsche Einheit bedeutet wurde, daß es keine weitere Ostausdehnung der NATO geben werde<sup>24</sup>, könne nur durch eine Friedenspolitik eingelöst werden, welche die Grenzen Europas nicht nur weiter nach Osten verschiebe, sondern gesamteuropäisch unter Einschluß Rußlands orientiert sei.

Angesichts der zwar als "falsch" eingeschätzten, aber nicht mehr aufzuhaltenden Osterweiterung betonte die Fraktion die Notwendigkeit, die Prozesse zu verstärken und zu be-

---

<sup>23</sup> B90/Grüne Bundestagfraktion, Drs. 13/8074 vom 25.6.97.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Hanrieder 95, S. 116f.

schleunigen, die dem Ziel umfassender Sicherheit, Kooperation und Zivilisierung entsprechen. Gefordert wurde die rasche Osterweiterung der EU, die institutionelle, operative und finanzielle Stärkung der OSZE, die Ausarbeitung der vorgesehenen Sicherheitscharta für Europa, eine baldige Neuverhandlung des KSE-Vertrages, welche die konventionellen Rüstungsobergrenzen weit unter dem heute bestehenden realen Rüstungspotential ansetzen sollte, die rasche Umsetzung der im Atomsperrvertrag verabredeten Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte, die baldige Ratifizierung des START II-Vertrages durch Rußland, die Unterstützung des ukrainischen Vorschlags für eine atomwaffenfreie Zone in Mittel- und Osteuropa, die Teilnahme Deutschlands daran sowie einseitige Abrüstung durch deutliche Verkleinerung der Bundeswehr, die Abschaffung global interventionsfähiger Krisenreaktionskräfte und den Verzicht auf den Eurofighter. In der Bundestagsdebatte im Vorfeld der NATO-Tagung von Madrid am 8./9.7.1997 lehnten SPD und GRÜNE die Regierungsvorlage auf der Basis eigener Anträge ab. Poppe stimmte mit der Regierung.

Im Dezember 1997 stellte die Fraktion ihre Alternativen zur NATO-Erweiterung heraus, als sie von der EU forderte, Verhandlungen mit allen beitriftswilligen Staaten zu führen. Eine ständige Konferenz sollte ein strukturelles und finanzielles Gesamtkonzept erarbeiten.<sup>25</sup> Doch der vermeintliche grüne Konsens bröckelte, als am 26.3.1998 im Bundestag die Ratifizierung des Gesetzes zur NATO-Erweiterung anstand. Obwohl die Wahlprogramm-BDK von Magdeburg am 7.3.1998 die NATO-Erweiterung mit überwältigender Mehrheit als "falsch" kritisiert hatte und alle europäischen grünen Parteien einschließlich der ungarischen sie vehement ablehnten - in Polen existierte keine grüne Partei, die rudimentäre tschechische war gegen den NATO-Beitritt -, plante ein Teil der Fraktion eine Zustimmung. Er fürchtete, im anderen Falle international isoliert zu sein, was sich besonders für eine Regierungsbeteiligung nachteilig auswirken würde. Zudem wurde die Loyalität gegenüber Polen höher gewichtet als gegenüber einem abstrakten Plan gemeinsamer Sicherheit aller Europäer. Auch der Wille, sich endlich zur NATO bekennen und den Abstand zu den anderen Parteien verkleinern zu können, spielte eine wichtige Rolle. Ein anderer Teil neigte zur Enthaltung, weil er die Erweiterung zwar für falsch hielt, aber nicht gegen den von den Regierungen paraphierten Vertrag parlamentarisch auftreten wollte. Ein dritter Teil hielt die Ablehnung aus den geschilderten Gründen aufrecht. Um dem eindeutig ablehnenden Votum der Partei gerecht zu werden und dennoch ein Mindestmaß an Geschlossenheit zu demonstrieren, plädierten die politischen Pazifisten um Volmer und Beer mit Unterstützung des Bundesvorstandes für eine einheitliche Enthaltung bei der Bundestagsabstimmung. Als Fraktionssprecher Fischer seine Zustimmung zum Ratifizierungsgesetz ankündigte, gefolgt von mehreren Realo-Abgeordneten, wandelten im Gegenzug einige Linke ihre Enthaltungsoption in eine Ablehnung um. In der polemischen Bundestagsdebatte, die wie die Presseberichterstattung Wahlkampfcharakter trug, griffen Redner aller Parteien die grünen Skeptiker massiv an. Bei der Abstimmung gab die Fraktion

---

<sup>25</sup> Vgl. B90/Grüne Bundestagsfraktion, Drs. 13/9374 vom 9.12.97.

ein zerissenes Bild ab. Vierzehn Abgeordnete, darunter Fischer, Lippelt, Poppe und Schoppe votierten mit Regierung und SPD, sechs Abgeordnete stimmten mit Nein, 27 enthielten sich der Stimme, darunter Beer, Nachtwei, Müller und Volmer.<sup>26</sup> Die Fraktion demonstrierte weder Geschlossenheit noch Bündnistreue.<sup>27</sup>

Die kritische Wissenschaft hielt die Vorbehalte gegen die Erweiterung wegen ihrer "antagonisierenden Wirkung in Rußland" aufrecht.<sup>28</sup> Amerikanische Beobachter warnten den Kongreß vor einer Zustimmung, verglichen die unkalkulierbaren Wirkungen gar mit dem Vietnam-Desaster.<sup>29</sup> Auch in der SPD, die im Bundestag fast einstimmig für die Erweiterung votierte, ging die Debatte weiter, ein Beleg für die grüne These, daß nach der ersten Erweiterungsrunde bezüglich des zweiten Schritts unvereinbare Vorstellungen im Raum standen. Während die SPD-Bundestagsfraktion - geführt von Karsten Vogt - forderte, ohne Unterbrechung die nächste Erweiterungsrunde anzugehen, mahnte Egon Bahr im Gegenteil, " Deutschland sollte 1999 jede neue Erweiterung ablehnen" und dem Vorschlag amerikanischer Wissenschaftler folgen, den Vollzug des bisherigen Beschlusses um fünf Jahre auszusetzen.<sup>30</sup> Er hielt die Einengung der Suche nach einem neuen Sicherheitsmodell auf die NATO und ihre Erweiterung für kontraproduktiv und geeignet, historische Chancen zu zerstören. Am 30.4.98 stimmte jedoch auch der amerikanische Senat nach langem Zögern und höchst kontroverser Debatte zu. Ein Fünftel der Senatoren teilte die Bedenken. Außer in Polen war auch in den beitrittswilligen Staaten die öffentliche Meinung nicht einhellig. In Ungarn wurde per Volksabstimmung eine breite Mehrheit mobilisiert, doch gab es eine bemerkenswert starke Opposition. In Tschechien mußte Staatspräsident Havel sein ganzes Gewicht aufbieten, um eine Volksabstimmung zu verhindern, die ein negatives Ergebnis hätte bringen können.

Schulungsmaterialien der Bundeswehr-Führungsakademie lehrten noch 1998, daß die Osterweiterung nicht einer Nachfrage mittelosteuropäischer Staaten folgte, sondern einem vom Verteidigungsminister definierten deutschen Interesse. Ruhe wurde als treibende Kraft und Washington als reservierter Partner skizziert. Zusammenfassend hieß es über das Motiv zur Erweiterung: "Die Deutsche Politik gibt Impuls (RÜHE), um eigene Interessen klarzustellen. Verminderung des Gefährdungspotentials für Deutschland durch Wandel vom Grenz- zum Zentralstaat in Europa, Erleichterung der wirtschaftlichen Öffnung nach Osten, Gewinnen von Vertrauen in 'neue' deutsche Politik, Ausbreitung der Demokratie. (Deutsche Politik) achtet auf weiteres Bestehen des Schutzes durch die NATO, wirkt Frankreichs Führungsanspruch für Europa entgegen."<sup>31</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. PIPr. 13/224. In einer schriftlichen Erklärung gaben 20 Abgeordnete den Grund für die Nichtzustimmung zu Protokoll.

<sup>27</sup> Vgl. Trittin, 14.4.98, Punkt 6.

<sup>28</sup> Czempiel, in: Blätter 3/98, S. 333f.

<sup>29</sup> Vgl. Rubinstein, in: Orbis Winter 98; S. 47f.

<sup>30</sup> Bahr 98, S. 146 und S. 70, S. 74ff.

<sup>31</sup> Führungsakademie der Bundeswehr, Die NATO- Öffnung, Schulungsmaterialien, o.O. (1998)



Solche Papiere erhärteten Thesen wie die von Alvin Rubinstein, daß die NATO-Erweiterung nicht nur Deutschlands Führungsrolle in Europa stärken, sondern die Mittel-Ost-Europäer unter seinen politischen und ökonomischen Einfluß bringen sollte, bis es eine wirtschaftliche und politische Stärke wie am Vorabend von Erstem und Zweitem Weltkrieg erreicht habe. Die NATO-Erweiterung "will mean Germany's de facto colonization of the area."<sup>32</sup> Nachdem der Autor die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens gegen den erklärten Willen von Washington, Paris, London und UNO als fatale Fehlleistung deutschen Führungswillens in Europa einordnete und den deutschen Griff nach dem zukünftigen Ostkommando der NATO prophezeite - "the military is especially enthusiastic"<sup>33</sup> -, bedauerte er die Allparteienkoalition im Bundestag zur NATO-Erweiterung: "A consensus has gradually emerged among the ruling CDU (in coalition with the FDP), the opposition SPD, and even part of the "Green" Party, to the effect that Germany should pursue its necessary and legitimate national interests in the East, preferably within the framework of NATO enlargement."<sup>34</sup> Wahrscheinlich ist der grünen Partei gar nicht bewußt, daß gerade ihre kritischen Positionen im Ausland oft geschätzt werden, während die im Inland gelobte Anpassung an den Mainstream dort unter historischen Gesichtspunkten höchste Bedenken auslöst.

---

<sup>32</sup> Rubinstein, Philadelphia, o.D., S. 17.

<sup>33</sup> Ders., in: Orbis Winter 98, S. 44.

<sup>34</sup> Ders., Philadelphia, o.D., S. 20.